

Vorlagen-Nummer: 2024/0359



Freie Wähler Ginsheim-Gustavsburg e.V. 65462 Ginsheim-Gustavsburg

Freie Wähler Ginsheim-Gustavsburg
- Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung -
Rolf Leinz
Fraktionsvorsitzender
Immanuel-Kant-Str. 3
65462 Ginsheim-Gustavsburg
Tel. 06144 / 40 19 88

rolf.leinz@fw-gigu.de
www.fw-gigu.de

Ginsheim-Gustavsburg, 04.12.2024

Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
Ginsheim-Gustavsburg
Herrn Torsten Reinheimer

Änderungsantrag zur Vorlage 2024/0345

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
die Fraktion der Freien Wähler bittet Sie folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung sowie des HFA zu nehmen:

die Fraktion der Freien Wähler stellt folgenden Änderungsantrag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. Eine Stellenbesetzungssperre von 6 Monaten für alle freiwerdenden Stellen. Refinanzierte Stellen sowie Stellen in den Kindertagesstätten, beim Bauhof, der Stadtpolizei, der IT und Fachbereichsleiterstellen sind von der Stellenbesetzungssperre ausgenommen.
Für alle übrigen Stellen ist es möglich, einen Antrag auf Ausnahme von der Stellenbesetzungssperre durch die Verwaltung zu stellen. Der Antrag auf Ausnahme von der Stellenbesetzungssperre ist dem Magistrat zur Beschlussfassung vorzulegen. Nach erfolgter Beschlussfassung ist der Haupt- und Finanzausschuss über die Entscheidung zu unterrichten.
2. Für Stellen freiwilliger Aufgaben (wie Kulturbüro, Musikschule, Kommunales Kino, Ehrenamtsbetreuung, Seniorenbetreuung, Kinder- und Jugendbüro, Klimaschutzmanagement, Städtepartnerschaften usw.) soll gelten:
Die Verwaltung wird aufgefordert, vor Stellenausschreibungen in den Bereichen freiwilliger Aufgaben die Notwendigkeit der Nachbesetzung zu begründen. Ausgenommen davon sind zu 100% refinanzierte Mehrstellen.



In der Begründung ist darzulegen, welche Folgen eine Nicht-Besetzung haben würde. Eine Stellenausschreibung im Bereich freiwilliger Leistungen kann erst nach der Freigabe durch den Magistrat erfolgen. Über die Freigabe ist der Haupt- und Finanzausschuss zu unterrichten.

Begründung:

Die ständig steigenden Personalausgaben stellen neben den gesetzlichen Umlagen den größten Ausgabeposten dar. Die Verwaltung möchte in den Jahren 2025 und 2026 pauschal jedes Jahr 300.000 Euro sparen.

Dies ist ein erster Ansatz der jedoch nicht ausreicht, um die Steigerungen dauerhaft zu begrenzen.

Der Antrag wurde inhaltlich nochmal überarbeitet und mit der Verwaltung abgestimmt und ist geeignet mittelfristig Personalkosten zu reduzieren.

Rolf Leinz
Fraktionsvorsitzender
Freie Wähler